Niederschrift
zur 28. Sitzung des Stadtrats der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen am 04. März 2024 im „Schloss Schlotheim“ – **I. Öffentlicher Teil**

Beginn: 17:46 Uhr
Ende: 19:10 Uhr

Anwesenheit:

Blankenburg	Alexander	Bürgermeister
Bohn	Marcus *ab 17:52 Uhr*	STR-Mitglied, CDU
Burhenne	Alfons	STR-Mitglied, ZLG, ZSB
Dlouhy	Harald	STR-Mitglied, SPD, ZSB
Herold	Franziska	STR-Mitglied, CDU
Hettenhausen	Andrè	STR-Mitglied, ZLG, ZSB
Kunze	Jens	STR-Mitglied, BSO, ZSB
Isenhuth	Stephan	STR-Mitglied, BSO, ZSB
Mörstedt	Hagen	STR-Mitglied, SPD, ZSB
Schäfer	Ringo	STR-Mitglied, ZLG, ZSB
Schmidt	Tobias *ab 17:48 Uhr*	STR-Mitglied, ZLG, ZSB
Schulz	Thomas	STR-Mitglied, CDU
Seeländer	Sandro	STR-Mitglied, ZLG, ZSB
Schwabe	Marcel	STR-Mitglied, CDU
Voigt	Andrè	STR-Mitglied, CDU
Wacker	Carsten *ab 17:52 Uhr*	STR-Mitglied, CDU
Willfahrt	Heiko	STR-Mitglied, ZLG, ZSB
Wolter	Nicki	STR-Mitglied, CDU
Ziegler	Susanne	STR-Mitglied, SPD, ZSB
Gesamt:	**19**	

Unentschuldigt:

Weber	Marcel	STR-Mitglied, CDU
Gesamt:	**1**	

Entschuldigt:

Riethmüller	Lorenz	STR-Mitglied, CDU
Gesamt:	**1**	

Ortschaftsbürgermeister:

Winkler	Christel	Issersheilingen
Gesamt:	**1**	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Apel	Michael	Verwaltungsleiter
Schinköth	Sophie	Hauptamt, Protokoll
Gesamt:	**2**	

Gäste

Zanker	Harald	Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises
Gesamt:	**1**	

Sitzungsleitung: Herr Schulz
Schriftführerin: Frau Schinköth (Bandaufnahme)

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.11.2023
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen der Abgeordneten
7. Beratung und Beschlussfassung zur Bildung eines Kriminalpräventiven Rates der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen
8. Beratung und Beschlussfassung zum Antrag auf Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Stadt Nottertal-Heilinger Höhen

Zu Top 1
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Schulz
- eröffnet die 28. Sitzung des Stadtrats der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen
- begrüßt alle Anwesenden
- stellt die ordnungsgemäße Zustellung der Ladung fest
- es sind 19 von 21 Stadtratsmitgliedern anwesend

Zu Top 2
Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung

Herr Schulz
- fragt die Stadtratsmitglieder, ob es zur vorliegenden Tagesordnungen Änderungswünsche oder Anmerkungen gibt

Es bestehen keine Änderungswünsche oder Anmerkungen zur vorliegenden Tagesordnung seitens der Stadtratsmitglieder.

Abstimmung:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
16	16	0	0

Beschluss-Nr.: 357/28/10/2024 vom 04.03.2024
Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Zu Top 3
Bestätigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.11.2023

Herr Schulz - fragt die Stadtratsmitglieder, ob es zur Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.11.2023 Änderungswünsche oder Anmerkungen gibt

Es bestehen keine Änderungswünsche oder Anmerkung zur Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.11.2023 seitens der Stadtratsmitglieder.

Abstimmung:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
17	15	0	2

Beschluss-Nr.: 358/28/10/2024 vom 04.03.2024
Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Herr Wacker und Herr Bohn betreten 17:52 Uhr den Raum. Es sind somit 19 von 21 Stadtratsmitgliedern anwesend und stimmberechtigt.

Zu Top 4
Information des Bürgermeisters

Herr Blankenburg
- begrüßt die Anwesenden
- informiert, dass am Feuerwehr-Standort Schlotheim eine Schlauchwaschmaschine etabliert werden solle; die Gesamtkosen belaufen sich auf circa 14.994,36 Euro; der Auftrag sei bereits ausgelöst und die Lieferung erfolge voraussichtlich in circa 4 Wochen

- im Rathaus haben Malerarbeiten begonnen; der Auftrag hierfür sei an „Malerklecks“ aus Weberstedt mit dem wirtschaftlich günstigsten Angebot von 17.786,22 Euro vergeben worden
- der Abschluss der Maßnahme sei im März 2024 geplant

- die Haushaltssituation in Nottertal-Heilinger Höhen sei angespannt, deshalb sei im Finanzausschuss eine erste Willenserklärung zur Etablierung einer Vergnügungsteuer abgegeben worden
- eine Beratung und Beschlussfassung zur Einführung der Vergnügungsteuer sei im Stadtrat noch in dieser Legislaturperiode geplant
- die Vergnügungsteuersatzung soll voraussichtlich am 01.01.2025 in Kraft treten

- ruft auf zur Beteiligung am Frühjahrsputz am 23. März 2024 und bittet darum, für diesen Termin zu werben, um möglichst viele Helfer zu generieren

- Ende der Information des Bürgermeisters -

Zu Top 5
Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Anwesenden zur „Einwohnerfragestunde“ und es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

Zu Top 6
Anfrage der Abgeordneten

Herr Schulz	- fragt Herrn Blankenburg, ob schriftliche Anfragen vorliegen
Herr Blankenburg	- antwortet, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen
Herr Schulz	- fragt, ob es seitens der Stadtratsmitglieder Anfragen gibt
Herr Kunze	- fragt bezüglich des anstehenden Frühjahrsputzes, ob Herr Blankenburg Plätze benennen könne, an denen verstärkt oder an denen illegale Abfälle durch Dritte entsorgt wurden und ob diese Plätze vom Ordnungsamt aufgenommen wurden
Herr Blankenburg	- antwortet, dass das Ordnungsamt regelmäßige Begehungen macht und dabei natürlich auch ein großes Augenmerk auf illegale Abfallentsorgung legt und diese erfasst - die genauen Standorte könne er schriftlich mitteilen
Herr Kunze	- sagt, dass er der Meinung ist, dass das Ordnungsamt intensiver diesen Aufgaben nachkommen soll - fragt weiterhin, ob eine Teilnahme der Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Obermehler am Frühjahrsputz geplant sei und ob dieses Thema beim Landrat Herrn Zanker oder dem Leiter der Gemeinschaftsunterkunft Herrn Gattner angesprochen wurde
Herr Blankenburg	- antwortet, dass dieses Thema bei Herrn Gattner angesprochen wurde und dass bereits Aufräumaktionen im räumlichen Umfeld der Gemeinschaftsunterkunft stattfinden würden, von denen er sich selbst bereits ein Bild gemacht habe - auch für den anstehenden Frühjahrsputz in der Landgemeinde sei geworben worden
Herr Kunze	- fragt, ob für das Areal „Stausee Schlotheim“ ein fachliches Konzept vorliege und gegebenenfalls Fördermittel, zum Beispiel für den Hochwasserschutz, beantragt worden sind; hier könne purer Aktionismus nicht die Lösung sein
Herr Blankenburg	- purer Aktionismus sei bei diesem Projekt nicht die Herangehensweise; die Sanierungsarbeiten am Stausee seien angestoßen worden durch den Anglerverein in Mühlhausen und durch den Ortschaftsbürgermeister Carsten Wacker - es seien Gespräche geführt worden mit allen zuständigen Behörden und es würden für alle Maßnahmen die notwendigen Genehmigungen

vorliegen
- die aktuell laufenden Baggerarbeiten würden voraussichtlich morgen abgeschlossen werden
- seitens des Anglerverbands, welche hier die Fachleute seien, sei eine Renaturierung und ein neuer Fischbesatz geplant
- die Beantragung von Fördermitteln sei hier aufgrund von ehrenamtlichen Tätigkeiten durch den Ortschaftsbürgermeister und mehreren Firmen und Helfern nicht nötig gewesen, da keine weiteren Mittel für die Sanierungsmaßnahmen benötigt worden seien

Herr Kunze
- möchte daran erinnern, dass es Ende des letzten Jahres zur Weihnachtszeit ein Hochwasser gegeben hätte, wenn der Stausee nicht funktioniert hätte und man solle den Hochwasserschutz explizit im Auge haben

- fragt, ob das Areal des Stausees nicht ein geeigneter Standort für die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wäre, welche z.B. die Firma BOREAS in Verbindung mit dem Bau des Windfelds Körner-Bothenheilingen gesucht hatte

Herr Blankenburg
- informiert zum Thema Hochwasserschutz, dass Herr Kunze ihm Ende des letzten Jahres mitgeteilt habe, dass er den Stausee schließen solle und er dies glücklicherweise nicht getan habe, sondern angewiesen habe, das Wasser des Stausees rechtzeitig abzulassen; so konnte ein Hochwasser verhindert werden

- bedankt sich für den Hinweis bezüglich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und nimmt diesen Punkt gern auf für den nächsten bereits geplanten Termin mit der Firma BOREAS

Herr Kunze
- nimmt Bezug zum Beschluss 50/03/10/2020 „Antrag auf Einführung eines kommunalen Energiemanagements und eines regelmäßigen Sachstandsbericht aller 6 Monate mit Ergebnissen, Zielen und ev. Investitionsplanungen“
- fragt, ob nach fast vier Jahren seit der Beschlussfassung ein Überblick über alle Gebäude und Garagenanlagen, welche sich in der Verantwortung der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen befinden, vorliege und ob dieser umgehend den Stadträten übermittelt werden könne

Herr Blankenburg
- dies prüfe er in der Verwaltung und antwortet darauf schriftlich

Herr Kunze
- möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand bezüglich der Busverbindung zwischen Bothenheilingen und Schlotheim sei

Herr Blankenburg
- die Firma Weingart sei bezüglich der Busverbindung angefragt worden und nach mehrmaliger Kontaktaufnahme und Nachfrage liege inzwischen die abschließende Antwort zu der Anfrage vor, dass die Firma Weingart die Anfrage aus Kapazitätsgründen nicht abbilden könne
- die Absage der Firma Weingart möchte er schriftlich den Stadträten zukommen lassen

Herr Schulz
- fragt, ob es weitere Anfragen seitens der Stadtratsmitglieder gäbe

Herr Fahlbusch (Gast) fragt, ob es möglich sei, eine Anfrage zu stellen. Herr Schulz weist ihn darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde bereits stattgefunden habe.
Herr Blankenburg bittet Herrn Fahlbusch die Anfrage schriftlich an ihn zu stellen und er würde diese in der kommenden Stadtratssitzung beantworten.

Herr Schulz
- fragt, ob es weitere Anfragen seitens der Stadtratsmitglieder gäbe

Herr Wacker
- möchte informieren, dass Herr Kunze zu einem Vor-Ort-Termin zum Stausee eingeladen worden sei
- es sei mit allen Beteiligten und den zuständigen Behörden ein Plan ausgearbeitet worden
- findet es nicht in Ordnung, dass Herr Kunze sich über die Vorgehensweise zur Sanierung des Stausees öffentlich im Stadtrat beklagt

Herr Kunze
- fragt, wie viele Einladungen er zu einem Vor-Ort-Termin zum Stausee erhalten habe
- seines Wissens nach hätte er nur eine Einladung bekommen und an diesem Tag sei es ihm nicht möglich gewesen teilzunehmen
- fragt Herrn Blankenburg, ob mehr als eine Einladung an ihn versendet wurde

Herr Blankenburg
- sagt, dass er ihm das nicht beantworten könne

Es bestehen keine weiteren Fragen seitens der Stadtratsmitglieder. Herr Schulz beendet den Tagesordnungspunkt und bittet die Stadtratsmitglieder, zukünftig ihre Anfragen, gemäß der Geschäftsordnung, im Vorfeld schriftlich einzureichen. So könne sich Herr Blankenburg auf die Fragestellungen vorbereiten.

Zu Top 7

Beratung und Beschlussfassung zur Bildung eines Kriminalpräventiven Rates der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen

Herr Schulz
- verliest die Beschlussvorlage:
  „In der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen wird zunehmend die Forderung nach erhöhter Sicherheit erhoben. Die Entwicklung bestimmter Kriminalitätsphänomene insbesondere im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsunterkunft in Obermehler wird mit Sorge gesehen.
  Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt sind auch gesamtgesellschaftliche Aufgaben, denen mit interdisziplinärer Arbeit auf kommunaler Ebene gemeinsam mit der Polizei effizienter begegnet werden kann. Dieser Erkenntnis soll mit der Bildung eines Kriminalpräventiven Rates auf breiter Basis Rechnung getragen werden. Der Kriminalpräventive Rat dient dem Aufzeigen von Problemfeldern und negativen Entwicklungen in der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen, der gemeinsamen Suche nach Möglichkeiten zur Beseitigung bzw. Eindämmung der Probleme und zur Umsetzung der beabsichtigten sowie beschlossenen Maßnahmen. Die unmittelbare Zuständigkeit der Polizeibehörden und der Strafverfolgungsbehörden für die innere Sicherheit, die Strafverfolgung und die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung bleibt davon unberührt. Durch die Unterstützung staatlicher, kommunaler und privater Maßnahmen sollen

die Kriminalität in der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen eingedämmt und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. Der Tätigkeit der Initiative liegt dabei die Überlegung zugrunde, dass Kriminalitätsverhütung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Kriminalpräventive Rat ist ein zentrales Koordinationsgremium und ein Impulsgeber. Er entwickelt und steuert Ansätze und Umsetzungsstrategien zur Kriminalitätsvorbeugung auf der Basis von Lagebildern und erkannten Problemlagen. Er arbeitet ergebnisbezogen und problemorientiert und berät den Bürgermeister zu Maßnahmen der Kriminalitätsprävention.
Schwerpunkte der Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates sind:
a) örtliche Präventionsarbeit durch Erarbeitung und Verbreitung von Präventionskonzepten, die geeignet sind, Menschen vor Kriminalität zu schützen und das Sicherheitsgefühl zu erhöhen
b) Beratung der Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Unternehmen und Vereine durch Aufklärung über Ursachen und Zusammenhänge von Kriminalität sowie Förderung der Eigenverantwortung
c) Öffentlichkeitsarbeit und Publizierung von Methoden der Kriminalitätsverhütung
d) Förderung effektiver Kommunikation und gezielter Austausch zur Bekämpfung von Falschinformationen
e) Bündelung der Kontakte und Förderung des Erfahrungsaustauschs sowie der Zusammenarbeit zwischen Polizei und anderen bei der Kriminalprävention beteiligten Trägern, Behörden und Einrichtungen
f) Erkennen von polizeilichen und sozialen Brennpunkten in der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen
g) Erforschen der Kriminalitätsursachen
h) Erörterung allgemeiner Konfliktsituationen und von Lösungsmöglichkeiten

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2024 die Annahme des Beschlussvorschlags empfohlen.“

Herr Blankenburg

- informiert, was heute im Vorfeld der Sitzung bezüglich des Kriminalpräventiven Rates geschehen sei:
  - 14:00 Uhr: Treffen des Thüringer Ministers für Inneres und Kommunales Georg Maier, des Landrates des Unstrut-Hainich-Kreises Harald Zanker und des Bürgermeisters der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen Alexander Blankenburg zur Besichtigung und Lagefeststellung in der Gemeinschaftsunterkunft Obermehler
  - 16:00 Uhr: Auftaktsitzung des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen im Saal des Schlosses in Schlotheim: hier sei über die aktuelle Kriminalitätslage, präventive Maßnahmen und eine bessere Kommunikation gesprochen worden; Themen seien auch die Unterstützung des Einwohnermeldeamtes zur Bewältigung des erhöhten Arbeitsaufkommens bezüglich der Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft gewesen und die tageweise Unterstützung durch einen zweiten Kontaktbereichsbeamten in der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen

- informiert weiterhin, dass ein großes Ziel des Kriminalpräventiven Rates das Verhindern der Verbreitung von Falschinformationen sei und er möchte deshalb einen Sachverhalt klarstellen:

- laut Medienberichten solle im Jahr 2026 die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl geschlossen werden
- Gerüchten zufolge, welche sich in der Bevölkerung (vor allem in Schlotheim) verbreiteten, solle eine neue Erstaufnahmeeinrichtung in Verbindung mit der Gemeinschaftsunterkunft Obermehler entstehen
- der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales Georg Maier versicherte, dass entgegen des zuvor genannten Gerüchtes keine Erstaufnahme in Schlotheim / Obermehler etabliert werden würde

➢ 17:00 Uhr: Unterzeichnung der Absichtserklärung zur Etablierung des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen durch den Thüringer Minister, den Landrat und den Bürgermeister

- wirbt für die Zustimmung der Stadtratsmitglieder zur Bildung eines Kriminalpräventiven Rates der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen

Herr Schulz - „Gibt es Fragen oder Anregungen der Abgeordneten zum Tagesordnungspunkt?“

Herr Isenhuth - bittet um einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage, welcher beinhaltet, ein Mitglied des Bürgerbündnisses Soziale Ordnung (BSO) in den Kriminalpräventiven Rat zu entsenden

- fragt, ob beim heutigen Treffen mit dem Minister Georg Maier die Verhältnismäßigkeit zwischen der Anzahl der Geflüchteten und der Anzahl der Bürger thematisiert worden sei; die Unterbringungszahlen seien viel zu hoch und auf Dauer nicht mehr tragbar

Herr Blankenburg
- antwortet, dass laut der Beschlussvorlage aus den jeweiligen Fraktionen des Stadtrates ein Vertreter in den Kriminalpräventiven Rat entsendet werden sollen; hier steht Frau Ziegler für die Fraktion ZSB und Herr Schwabe für die Fraktion CDU; er halte beide für durchaus sehr geeignete Kandidaten, da Frau Ziegler in Schlotheim wohne und Herr Schwabe in Obermehler; außerdem habe Frau Ziegler bereits gemeinsam mit Herrn Wacker an der Eingabe des Ortschaftsrates Obermehler an den Landrat gearbeitet und Herr Schwabe sei aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Obermehler
- das Verhältnis zwischen der Anzahl der Geflüchteten und der Anzahl der Bürger sei heute natürlich ein großes Thema gewesen

Herr Kunze
- sagt, dass aus seiner Sicht die Gründung eines Kriminalpräventiven Rates für den Minister Herrn Maier und den Landrat Herrn Zanker nur ein willkommener Zugewinn von Zeit seien, so kurz vor den Kommunal- und Landtagswahlen
- dieser Rat solle den Menschen suggerieren, dass man sich dem Thema „Flüchtlinge“ annehme, dabei treffe man sich einmal im halben Jahr und berate sich
- für ihn verursachten die Ausführungen im Sachverhalt der Beschlussvorlage ein Fremdschämen
- ein Teil der Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft sorge dafür, dass sich das gesellschaftliche Klima stetig verschlechtere durch z.B. Diebstähle, Pöbeleien, Übergriffe in Einkaufsmärkten; Vorfälle im öffentlichen Personennahverkehr, Drogenhandel, übermäßigem

Alkoholkonsum im Stadtbild und gesteigertes Gewaltpotenzial innerhalb der Gemeinschaftsunterkunft etc.
- der Kriminalpräventive Rat möchte die Wirkung und nicht die Ursache bekämpfen
- spricht Landrat Herrn Zanker an:
  - in einem Zeitungsartikel der Thüringer Allgemeine aus dem Februar 2018 sei öffentlich mitgeteilt worden, dass zwischen 2019 und 2025 etwa 103 Wohnplätze vorgesehen seien für Geflüchtete; darauf sei ein Kreistagsbeschluss gefolgt; auf die Aussagen von Herrn Zanker seien kein Verlass
  - den Kreistagsmitgliedern und den Bürgern würden absichtlich Informationen vorenthalten werden
  - es müsse doch möglich sein, zum Beispiel eine aktuelle Kriminalstatistik für unsere Region und die Gemeinschaftsunterkunft Obermehler vorstellen zu können
- spricht Bürgermeister Herrn Blankenburg an:
  - der Innenminister habe versichert, dass in Schlotheim / Obermehler keine Erstaufnahme etabliert werden würde; dies sei eine nicht sonderlich werthaltige Aussage sechs Monate vor der Landtagswahl
  - ein Plan, wie man die Bewohnerzahl in der Gemeinschaftsunterkunft sukzessive reduzieren könne, habe er bisher nicht erkennen können, schließlich sei im Jahr 2015 gesagt worden, dass die Gemeinschaftsunterkunft vier bis fünf Jahre erhalten werden solle, auch dies sei nicht eingehalten worden

Herr Schulz
- bittet Herrn Kunze nach seinen Ausführungen nun seine Nachfrage zu stellen

Herr Kunze
- fragt, wann die Reduzierung der Bewohnerzahl in der Gemeinschaftsunterkunft geplant sei

Herr Blankenburg
- antwortet, dass dies nichts mit dem Tagesordnungspunkt und dem Kriminalpräventiven Rat zu tun habe
- übergibt das Wort an Landrat Herrn Zanker

Herr Zanker
- die Idee den Kriminalpräventiven Rat zu bilden, sei eine Idee des Bürgermeisters Herrn Blankenburg gewesen, um u.a. die Sorgen und Ängste der Bevölkerung aufzunehmen und ernst zu nehmen
- der Kriminalpräventive Rat sei ein Impulsgeber

Es gibt Zwischenrufe aus dem Publikum von Herrn Fahlbusch. Herr Schulz bittet ihn um Ruhe und informiert ihn, dass er ihn des Saales verweisen müsse, wenn er sich nicht ruhig verhalte.

Herr Zanker
- sagt Herrn Kunze, dass er ein politischer Brandstifter sei

Es gibt wiederholt Zwischenrufe von Herrn Fahlbusch. Herr Schulz verweist ihn des Saales. Herr Fahlbusch verlässt den Saal.

Herr Zanker
- geht auf eine Aussage von Herrn Kunze ein; die Bewohnerzahl und die Dauer des Betreibens der Gemeinschaftsunterkunft sei aus damaliger Sicht so geplant gewesen, niemand hätte zu diesem Zeitpunkt ahnen können, welches Ausmaß die Flüchtlingswelle annehme und dass ein

Krieg in der Ukraine folge, durch den weitere Flüchtlinge zu uns kommen
- man solle im Kriminalpräventiven Rat die Chancen sehen und Kommunikation aufbauen
- das nächste Treffen des Kriminalpräventiven Rates sei in Absprache mit dem Bürgermeister Herrn Blankenburg nach den Osterferien geplant; man wolle sich nicht nur ein Mal im halben Jahr treffen
- wirbt um Zustimmung für den Tagesordnungspunkt

Herr Schulz
- bedankt sich bei Herrn Zanker und übergibt das Wort an Herrn Isenhuth

Herr Isenhuth
- spricht Herrn Zanker an:
  - er habe 2016 im Kreistag eine Frage an Herrn Zanker gerichtet bezüglich dezentraler Unterbringung, Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums, das Etablieren einer Arztpraxis für die Gemeinschaftsunterkunft
  - fragt, warum all dies bisher nicht längst passiert sei
  - fragt weiterhin, warum die Flüchtlinge nicht in den umliegenden Gemeinden wie zum Beispiel Bad Langensalza oder Bad Tennstedt untergebracht würden
- bittet wiederholt darum, die Beschlussvorlage zu ändern und ein Mitglied der BSO in den Kriminalpräventiven Rat aufzunehmen

Herr Zanker
- antwortet Herrn Isenhuth, dass es Zuständigkeitsbereiche gebe; das Landratsamt sei vollziehende Behörde des Bundesrechts beim Thema Asyl
- er habe seine Versprechen gehalten
  es sei ein Sozialzentrum in der Gemeinschaftsunterkunft eingerichtet worden
  - es seien Räumlichkeiten für Sprachkurse eingerichtet worden
  - es sei ein Bildungsträger in die Gemeinschaftsunterkunft eingezogen
  - es seien Kinderpfleger und Sozialarbeiter eingestellt worden
  - es sei eine medizinische Einrichtung inklusive Arztpraxis eingerichtet worden
  - es sei eine vollausgestattete Küche eingerichtet worden, um die Versorgung zu gewährleisten
- er habe alles, was in seiner Zuständigkeit war (und noch mehr) getan

Herr Schulz
- bedankt sich bei Herrn Zanker und übergibt das Wort an Herrn Seeländer

Hr. Seeländer
- er beantragt die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt

Herr Schulz bittet die Stadtratsmitglieder über die eingegangenen Änderungsanträge abzustimmen.

Änderungsantrag 1:
Aufnahme eines Vertreters des „Bürgerbündnisses Soziale Ordnung“ in den Kriminalpräventiven Rat:

Ja 4
Nein 12
Enthaltung 3

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Änderungsantrages 1.

Änderungsantrag 2:
Aufnahme von Vertretern aller im Stadtrat vertretenden Parteien und Wählergruppen in den Kriminalpräventiven Rat:

Ja 4
Nein 12
Enthaltung 3

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Änderungsantrages 2.

Geschäftsordnungsantrag:
Beendigung des Tagesordnungspunktes 7:

Ja 15
Nein 2
Enthaltung 2

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Geschäftsordnungsantrages.

Herr Schulz - verliest den Beschlussvorschlag:
„Stadtrat der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen beschließt, einen Kriminalpräventiven Rat zu bilden sowie den Bürgermeister zu beauftragen, eine Geschäftsordnung, welche die näheren Angaben zur Zielstellung, zu den Schwerpunkten der Tätigkeit und zum Geschäftsgang enthält, zu erarbeiten und diese dem Kriminalpräventiven Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
Der Stadtrat der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen beschließt im Weiteren, die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Stadtratsmitglieder Marcel Schwabe und Susanne Ziegler in den Kriminalpräventiven Rat zu entsenden.“

Abstimmung:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	19	0	0

Beschluss-Nr.: 359/28/10/2024 vom 04.03.2024
Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Herr Zanker verlässt um 19:03 Uhr die Sitzung.

Zu Top 8

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag auf Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Stadt Nottertal-Heilinger Höhen

Herr Schulz
- verliest den Sachverhalt:
„Die Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht, wenn die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit in zwei der drei dem laufenden Jahr vorangegangenen Haushaltsjahre oder zwei der dem laufenden Haushaltsjahr folgenden Finanzplanungsjahre einen Fehlbetrag aufweisen. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen weist im Finanzierungsplan für das Haushaltsjahres 2024 für die Jahre 2024 bis 2026 ein Fehlbetrag aus. Auch nach Einrechnung der ausgewiesenen Entschuldungshilfen ergibt sich für die Jahre 2024 und 2025 ein Fehlbetrag. Diese ausgewiesenen Fehlbeträge der Jahre 2024 und 2025 liegen unter 3 % des Volumens des Verwaltungshaushaltes und sind somit als nicht erheblich zu betrachten, ebenso im Jahr 2026. Vordergründig sind die Fehlbeträge aus den veränderten Einnahmen bei der Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisung sowie aus den gestiegenen Ausgaben bei der Kreis- und Schulumlage sowie den Zahlungen an die Träger der Kindergärten entstanden. Aus diesem Grund sollte die Stadt einen Antrag auf Befreiung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2024 nach §53a Abs. 1 S. 2 ThürKO stellen.“

Herr Blankenburg
- es sei nötig gewesen, gegenüber der Kommunalaufsicht ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen bzw. die Befreiung vom Haushaltssicherungskonzept zu beantragen
- sein Ziel sei es nicht, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, sondern die Einnahmensituation der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen im kommenden Jahr zu verbessern
- wirbt dafür, dem Tagesordnungspunkt zuzustimmen
- der Finanzausschuss habe in seiner Sitzung bereits mehrheitlich zugestimmt

Herr Schulz
- bedankt sich bei Herrn Blankenburg und gibt den Tagesordnungspunkt zur Diskussion frei

Es bestehen keine Fragen oder Anmerkungen zum Tagesordnungspunkt 8 seitens der Stadtratsmitglieder.

Herr Schulz
- verliest Beschlussvorschlag:
„Der Stadtrat der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen beschließt einen Antrag auf Befreiung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für 2024 bei der Kommunalaufsicht des Unstrut-Hainich Kreises zu stellen.“
- gibt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung frei

Abstimmung:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	19	0	0

Beschluss-Nr.: 360/28/10/2024 vom 04.03.2024
Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

19:10 Uhr: Herr Schulz bittet nun die Gäste den Saal zu verlassen und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung. Ebenso kündigt er eine Pause von fünf Minuten an. Danach soll der nicht-öffentliche Teil der Sitzung beginnen.

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr.

F.d.R.d.N.:

Schulz	Schinköth
Vorsitzender des Stadtrates	Schriftführerin

Redebeitrag – Herr Kunze Sitzung 4.3.24 zu TOP 7

Tagesordnungspunkt 7 der SRS - Kriminalpräventiver Rat

Anlage 1

Was bringt uns die Gründung eines solchen Rats?
Als erstes bringt es den politischen Akteuren wie dem SPD LR Zanker und dem SPD IM Meyer Zeit, man hat Zeit gewonnen, gerade vor der anstehenden Kommunalwahl im Mai diesen Jahres und der Landtagswahl im September. Den Bürgern und letztendliche den Wählern streut man Sand in die Augen, ihnen wird das Gefühl suggerieren wir kümmern uns.

Wir als Schlotheimer/Obermehlerischen stehen mit diesem Rat in einer Reihe wie Köln, Leipzig, Dresden und weiteren Großstädten. Die Attraktivität unserer ländlichen Gemeinde, wird weiter sinken. Wir sind wahrscheinlich die kleinste Kommune in Deutschland die solche einen Kriminalpräventiven Rat hat.
Vom Grundsatz her ist nicht aber auch überhaupt nichts einzuwenden, wenn es um Vorbeugung geht, aber in unserem speziellen Fall.

Warum wird dieser Rat auf Initiative des LR Zanker und des IM Meyer, beide SPD überhaupt gegründet?
Eingangs schon erwähnt, Wahlen stehen vor der Tür?
Es ist auch ein Zeichen der Hilflosigkeit und gerade auch ein Nachweis über das totale Versagen der politischen Verantwortlichen vom Kreis, übers Land bis hin zum Bund.
In unserem konkreten Fall, eine Gemeinde (Schlotheim/Obermehler) mit ca. 4000 EW) und mit ca. 1000 Flüchtlingen zu überfordern.
Ist unsere Region ein Ergebnis dieser verfehlten Flüchtlingspolitik in unserem Land? Gibt dieses Ergebnis den Kritikern Recht, das wir die Dümmste Regierung in unserem Land haben, inkl. Ihrer Handlanger, ich weiß es nicht? Die Frage sei an der Stelle aber erlaubt.

In der Beschreibung des Sachverhalts zum Beschluss spricht man vom Kriminalitätsphänomenen, von einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, von einer übergreifenden kommunalen Zusammenarbeit, Aufzeigen von Problemfeldern, Eindämmung von Problemen, KPR ist ein Koordinierungsgremium, ich höre jetzt mit der Aufzählung auf. Alles Weitere was in dem Sachverhalt noch angemerkt ist verursacht bei mir ein Fremdschämeffekt. Die Ursachen sind klar erkennbar, es sind die Bewohner oder eben nur ein Teil der dafür sorgt, dass das gesellschaftliche Klima in unserer Gemeinde sich stetig nach unten bewegt. Die fast täglichen Vorfälle in den Einkaufsmärkten wo die Mitarbeiterinnen bedroht werden, die Diebstähle, .

- **Diebstähle, Pöbeleien und Übergriffe durch die Bewohner der GU gegenüber dem Personal**
- In **Einkaufsmärkten muss zeitweise Sicherheitspersonal** zur Abschreckung eingesetzt werden.
- In **Linienbusen fahren zeitweise Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes** mit
- **Bedrohung eines Schülers im Schulbus**, durch eine Bewohnerin der GU mit einer Waffe
- Ein **florierender Drogenhandel und Konsum in der GU** durch die Bewohner selbst, welcher sich auf die Region auswirkt, ausgewirkt hat oder noch auswirken kann
- **Überfall auf einen MA einer Handwerksfirma** im Gewerbegebiet in Schlotheim.
- **Einsätze der Feuerwehr in der GU** zur Unterstützung, freiwilligen Kräfte dadurch werden die freiwilligen und ehrenamtlichen Kammeraden zusätzlich belastet.
- Das gesellschaftliche Klima und auch der Eindruck einer Kleinstadt gegenüber Dritten, wird **gerade in den Sommermonaten** durch **alkoholisierte Bewohner die öffentlichen Grünflächen** für solche Zwecke nutzen stark geschädigt.

- Die **Nichteinhaltung der Verkehrsregeln** durch das nutzen von Fahrrädern oder Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen und Wegen führt zu einer zusätzlichen Gefahr aller Verkehrsteilnehmer.
- Hohes **Gewaltpotential in der Unterkunft**, dadurch könnte auch die Hemmschwelle in der Öffentlichkeit bei Konflikten mit Bürgern sinken
- Ein Kriminalpräventiver Rat ist für eine Kleinstadt kein Aushängeschild, gerade für junge Familien wird diese Region noch uninteressanter.

All diese Vorfälle, Maßnahmen, Ereignisse und Themen als solches, kannten wir bis vor 9 Jahren in unserem verschlafenen Städtchen überhaupt nicht.

Ich komme zurück zu den uns vorliegenden Informationen und Ihren Darstellungen Herr Blankenburg zu diesem KPR. Dieser KPR möchte die Wirkung bekämpfen und nicht die Ursache.
Die Ursachen sind für mich zweifelsfrei erkennbar. Es hätte niemals soweit kommen dürfen.

In einem Zeitungsartikel der TA vom Februar 2018 wurde öffentlich mitgeteilt, das zwischen 2019 – 2025 nur noch 300 Wohnplätze vorgesehen sind, vorausgegangen war ein Kreistagsbeschluss.

Wie verlässlich sind solche Aussagen eines SPD geführten Landratsamtes?

Wenn ein Kreistagsmitglied, also meine Wenigkeit Anfragen zu dem Thema GU stellt, bekommt er des Öfteren keine oder nur unzureichende Antworten bzw. den Verweis auf den übertragenden Wirkungskreis. Den Kreistagsmitgliedern und schlussendlich dem Bürger werden Informationen vorenthalten. Warum wohl, werden diese Information solche Informationen zurückgehalten?
Das soll eine transparente, ehrliche und faire Politik dem Bürger gegenüber sein oder doch eher eine Politik der Täuschung? Bei der Konstellation und den Voraussetzungen wird dieser KPR eine Seifenblase.
Der LR Herr Zanker, hatte vor fast genau einem Jahr, bei der angestrebten und geplanten Schließung des Seilergymnasium, dem KT Mitgliedern und dem Bürgern konkrete Zahlen vorgelegt die aus seiner Sicht für eine Schließung sprachen. Dann dürfte es dem Landrat mit Unterstützung des IM Herrn Meyer doch nicht schwerfallen, ein konkretes Zahlenwerk, hinsichtlich der Kriminalstatistik unserer Region inkl. GU Obermehler vorzulegen. Aus dieser kann der KPR die richtigen Schlüsse, Maßnahmen und Ziele definieren. Es sei denn der Schutz von einer kriminellen Gruppe von Bewohnern der GU Obermehler steht höher im Kurs, als die Bildung unserer Kinder.